34. Jahrgang. Freitag, 23. Januar. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Nr. 18715. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Reichenberg, 23. Januar. (Privattelegramm.) Ein großer Theil der hiesigen **Weber** hat die Arbeit eingestellt. Eine verstärkte Wiederholung des allgemeinen Weberstrikes wird befürchtet.

Paris, 23. Januar. (W. T.) In fast ganz Frankreich herrscht **Thauwetter, in vielen Gegenden Regen.**

Brüssel, 23. Januar. (W. T.) **Prinz Balduin**, der Sohn des Grafen von Flandern, ist in vergangener Nacht um 2 Uhr **gestorben.**

(Prinz Balduin, der schon seit längerer Zeit schwer krank darniedergelegen hat, war, da der König Leopold II. keine Söhne, sondern nur drei Töchter hat, der präsumtive Thronfolger von Belgien. Er war als Sohn des Bruders des Königs, des Grafen von Flandern, der vermählt ist mit der Prinzessin Maria von Hohenzollern, geboren am 3. Juli 1869, ist also noch nicht 22 Jahre alt geworden. Er war Hauptmann im Carabinier-Regiment und preußischer Rittmeister à la suite des 2. hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16. An seine Stelle als präsumtiver Thronfolger tritt nunmehr sein jüngerer Bruder, der im Jahre 1875 geborene Prinz Albert, nächst dem König und dem Grafen von Flandern das einzige noch lebende männliche Mitglied der belgischen Königsfamilie.)

Petersburg, 23. Januar. (Privattelegramm.) Aus allen Theilen **Finnlands** gehen dem demnächst zu eröffnenden finnischen Landtage **Petitionen** für energische Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte Finnlands **zu.**

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Januar.

Moderne und friedericianische Wirthschaftspolitik.

Während das Herrenhaus seine Tagesordnung — Hundesteuergesetz und das bekannte Gesetz betreffend die Abgrenzung von städtischen Wahlbezirken, welches in Zukunft eine Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, wie solche Minister v. Puttkamer s. Z. anordnete, überflüssig machen soll — mit gewohnter Präcision erledigte, wurde im Abgeordnetenhause und im Reichstage anläßlich der Etatsberathung über agrarische Fragen discutirt, nur mit dem Unterschied, daß das Abgeordnetenhaus sich anläßlich des Domänenetats mit Fragen beschäftigte, die zur Competenz des Reichs gehören, die Discussion also nur bewies, daß, weß das Herz voll ist, der Mund übergeht. Der in jedem Jahre zur Vorlage kommende Nachweis über Neuverpachtungen von Domänen giebt schon seit langer Zeit den Schutzzöllnern den bequemsten Anhalt, über den Niedergang der Landwirthschaft und dergleichen zu klagen, und das geschah auch gestern wieder, obgleich das finanzielle Ergebniß der Neuverpachtungen insofern ein günstiges ist, als die Domänen denselben Pachtertrag liefern, wie auf Grund der Verpachtungen von 1872, zur Zeit der höchsten Güterpreise. Die Vertreter der sogenannten landwirthschaftlichen Interessen kämpften für die unverminderte Aufrechterhaltung der Getreidezölle, gegen die Beseitigung der Zuckerausfuhrprämien und gegen die theilweise Aufhebung der Vieheinfuhrverbote. Mit einiger Spannung wurde das erste Auftreten des neuen landwirthschaftlichen Ministers, Herrn v. Heyden-Cadow erwartet, der es im allgemeinen an entgegenkommenden Worten nicht fehlen ließ, im übrigen aber sich wohl hütete, auf die Frage der Getreidezölle u. dergl. einzugehen. Er blieb auch dem Abg. Stengel die Antwort auf die Frage schuldig, ob die Regierung im Falle der Aufhebung der Zuckerprämien den Domänenpächtern einen Pachterlaß bewilligen werde. Aus der auf ein einziges Jahr bezüglichen Nachweisung über die Neuverpachtung von Domänen Schlüsse auf die gesammte Lage der Landwirthschaft zu ziehen, hielt auch Herr v. Heyden für nicht zulässig, gerade wie vorher der Abg. Rickert dargelegt hatte.

Von größtem Interesse waren sodann ein paar Bemerkungen des conservativen Abgeordneten **v. Below-Saleske.** Es ist wohl noch niemals dagewesen, daß eine Rede gerade dieses Abgeordneten mit Schweigen auf der Rechten und Beifall auf der Linken begleitet wurde. Gestern ist dieses Ereigniß eingetreten, als Herr v. Below die Erklärung abgab, auch die conservativen Landwirthe würden sich ganz und voll wieder auf die Seite des Freihandels stellen, wenn die Industriezölle aufgehoben würden. Wir begrüßen diese Erklärung mit großer Genugthuung als ein neues untrügliches Zeichen von dem **Abbröckelungsprozesse**, der sich an dem Schutzzollsystem vollzieht. Nach der neulichen Morphiumtheorie der „Post“ über die Agrarzölle nun diese Erklärung! Wer hätte das noch vor wenig Monaten gedacht? Und Herrn v. Belows Anschauung deckt sich ganz mit der unsrigen, wenn er als Bedingung für die Abtragung der Getreidezölle die gleichzeitige Beseitigung der Industriezölle hinstellt. An eine einseitige Aufhebung der Getreidezölle wird in der That kein Freihändler denken; und somit ist eine neue Brücke geschlagen von dem bisherigen System zu einem neuen. Hoffentlich entwickelt sich dieser Gesundungsprozeß recht schnell weiter!

Hr. v. Below hat demselben auch noch mit einem anderen Hinweise vorgearbeitet, freilich wohl in etwas anderer Weise, als er es beabsichtigt hatte. „Setzen Sie“, rief er am Schlusse seiner ersten Rede aus, „bei der friedericianischen Gesetzgebung ein, dann wird es dem Vaterlande wohlergehen“, worauf Herr **Rickert** schlagfertig erwiderte: „Einverstanden, denn Friedrich II. war ein König der Armen und wollte es nicht, daß dem armen Volk die Nahrungsmittel vertheuert würden.“ Auch wir rufen Herrn v. Below ob seines Hinweises auf Friedrichs II. Wirthschafts- und Socialpolitik von ganzem Herzen ein „Bravo, Bravissimo“ zu, wenngleich wir nicht wissen, ob Herr v. Below dabei z. B. das berühmte Declarationspatent Friedrichs II. über das Zoll- und Accisewesen vom 14. April 1766 im Auge gehabt hat. Dieses Patent, welches das ganze damalige Regierungsprogramm des „alten Fritz“ auf diesen Gebieten enthielt, verdient jedenfalls, gerade heute wieder einmal ans Tageslicht gezogen zu werden, um so mehr, als es die prächtigste Illustration abgiebt für die Tagespolitik nicht nur im Landtage, sondern auch im Reichstage, wo ja gestern gleichzeitig ein Stück Wirthschaftspolitik, das Verbot des amerikanischen Schweinefleisches, behandelt wurde.

In diesem Patent Friedrichs II. wird zunächst gesagt, seit Beendigung des letzten Krieges sei des Königs Augenmerk beständig darauf gerichtet gewesen, ganz besonders dafür zu sorgen, daß alle Lasten und Abgaben an den Staat „durchgehends **mit gleichen Schultern und nach Vermögen der Contribuenten** getragen werden mögen“; es habe sich nun eine so **ungebührliche Höhe der Abgaben vom Getreide**, eine so unzweckmäßige und schädliche **Besteuerung** von Schlachtvieh, Wein, **Bier** und **Branntwein** herausgestellt, daß er beschlossen habe, „eine Gleichheit der Abgaben **nach dem Maße des Vermögens unserer Unterthanen** einzuführen, **den Dürftigen die Billigkeit auch die Last zu erleichtern**, den Handel und Absatz des Getreides von aller Beschwerlichkeit zu befreien“. Bevor eine zum Zweck der Neubildung der ganzen Zoll- und Acciseverfassung niedergesetzte Commission ihre Arbeit fertiggestellt habe, erlasse er einige vorläufige Anordnungen, unter denen die wegen des **Getreides** und des **Schlachtviehs** besonders bemerkenswerth sind. Gleich im ersten Artikel heißt es:

„**Alle Auflagen auf das Getreide** und ausländisches Mehl, ingleichen das Malz- und Branntwein-Schroot **sollen** vom 1. Juni 1766 an **gänzlich aufhören** und verbieten wir fernerhin solche zu erheben.“

Und im zweiten Artikel heißt es:

„Um aber den Ausfall, welcher durch die gänzliche Befreiung des Getreides entstehen wird, in etwas zu decken, so soll vorerst von jedem Pfund Fleisch sonder Unterschied 1 Pfennig entrichtet werden.

Jedoch wird hiervon das Schweinefleisch, als die gewöhnlichste Nahrung der Armen, gänzlich ausgenommen und bleibt es dieserhalb einzig bei den vorigen Sätzen.“

So der volksfreundliche König Friedrich II. Schade, daß sich nicht auch im Reichstage gestern jemand gefunden hat, der den Herrn Staatssecretär v. Bötticher, als er Barths Antrag bekämpfte, auf das Wort Friedrichs von dem Schweinefleisch als der **„gewöhnlichsten Nahrung der Armen“** hinwies, demselben Schweinefleisch, welches in unseren Tagen durch Einfuhrverbote, Grenzsperren 2c. vertheuert worden ist, wie nur etwas, während Friedrich vor 125 Jahren es sorgfältig geschont wissen wollte, eben im wohlverstandenen Interesse der Armen!

Möge diese zeitgemäße Erinnerung an den großen König nicht wirkungslos verhallen! Möge der Geist, der diese friedericianischen Edicte durchweht, wieder lebendig werden und unsere Gesetzgeber erleuchten, daß sie einsetzen bei einer solchen Gesetzgebung; dann **wird es dem Vaterlande** wohlergehen!

Von einer bevorstehenden Reise Kaiser Wilhelms nach der pyrenäischen Halbinsel

wird gegenwärtig in Madrid wieder viel gesprochen. Bei einem Gastmahl, welches kürzlich der deutsche Botschafter, Frhr. v. Stumm, zu Ehren des spanischen Ministerpräsidenten Canovas des Castillo veranstaltete, brachte Letzterer einen sehr verbindlichen Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm aus, wobei er unter anderem folgende Worte gebrauchte:

„Dieser klarblickende und kühnstrebende Monarch, der uns alten Politikern schon heute als Lehrmeister gegenübersteht, nimmt ein so hohes Interesse an allen europäischen Fragen, daß sich jedes Volk glücklich schätzen muß, dem die Ehre widerfährt, diesen außerordentlichen Fürsten näher kennen zu lernen.“

Auch aus gewissen Veränderungen im Leben am spanischen Hofe schließt man auf einen bevorstehenden Besuch des deutschen Kaisers. Die Königin-Regentin, welche seit dem Tode des Königs Alfonso alle geräusch- und prunkvollen Hoffeste vermieden hatte, hat in dieser Saison die Prunksäle des Schlosses für mehrere Feste wieder geöffnet. In einzelnen Theilen des Schlosses werden auch umfangreiche Neugestaltungen vorgenommen, die nach Meinung der Spanier nur für die Aufnahme einer größeren Zahl von hohen Besuchern berechnet sein können.

Der Starke weicht muthig zurück!

Mehrere Berliner Abendblätter von gestern berichten:

Gestern Abend hat die conservative Fraction Sitzung gehalten, heute ist die freiconservative an der Arbeit, und Abends tritt die Redactionscommission der Landgemeindeordnung zusammen. Bei den Conservativen ist es gestern heiß hergegangen. Der bekannte Vorschlag, allen Schwierigkeiten dadurch zu entgehen, daß man statt dem Minister des Innern dem Gesammtministerium die endgiltige Entscheidung über die Zusammenlegung von Gutsbezirken u. s. w. in die Hand giebt, **fand aber trotz allen Eifers einiger Heißsporne Annahme.** Daß die Freiconservativen hinter ihren conservativen Genossen nicht zurückbleiben werden, ist selbstverständlich. Herr v. Rauchhaupt soll sich während der Sitzung außerordentlich passiv verhalten haben. Wer die Opposition führte, wird nicht gesagt, ist aber leicht zu errathen.

Das entspricht ganz unserer von Anfang an ausgesprochenen Ueberzeugung. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Conservativen oder jedenfalls doch so viele von ihnen schließlich „muthig zurückweichen“ und für die Vorlage stimmen würden, daß eine Majorität für dieselbe herauskommt. Wenn sich doch der Schatzsecretär Maltzahn bei der Zuckersteuer im Reichstage das Beispiel, das Herr Herrfurth mit der Landgemeindeordnung im Abgeordnetenhause giebt, zum Muster nehmen wollte. Herrfurth hat sich nicht imponiren lassen dadurch, daß die Conservativen ihm die Zähne zeigten. Er ist fest geblieben und die Conservativen geben nach, und es wäre wahrscheinlich auch um die d a u e r n d e n Zuckerprämien geschehen, wenn Herr Maltzahn den Conservativen ebenso fest entgegenträte, wie Herrfurth.

Ablehnung der Gehaltserhöhung der 13. Hauptleute.

Aus der gestrigen Sitzung der Budgetcommission über den Militäretat haben wir das Wesentlichste zwar schon telegraphisch mitgetheilt. Hiernach ist die in dem neuen Militäretat geforderte Umwandlung von ca. 200 Stellen Hauptleute 1. Klasse in Majorsstellen bei der Infanterie und der Feldartillerie mit 27 gegen 4 St. abgelehnt worden. Es handelt sich hierbei bekanntlich um die Stelle des 13. Hauptmanns der Infanterieregimenter und um diejenigen Stellen von Hauptleuten bei einzelnen Feldartillerieregimentern, mit denen ein Commando nicht verbunden ist. Bei einem anderen Theil der Feldartillerieregimenter sind die Stellen mit Majorscompetenzen dotirt. Die Stellen der 13. Hauptleute der Infanterie sind bekanntlich erst 1877/78 neu geschaffen worden. Da diese Verhandlungen ein größeres als Durchschnittsinteresse erwecken, so sehen wir uns veranlaßt, noch einen näheren Bericht nachzutragen:

Bei Beginn der Berathung über den Militäretat gab der Kriegsminister eine Uebersicht über die diesjährigen Mehrforderungen zum Nachweise, daß durch dieselben nicht eine Erweiterung der Armee, wohl aber die Ausbildung und eine erhöhte Schlagfertigkeit derselben bezweckt werde. Mehr als der vierte Theil der Mehrforderungen entfalle auf die volle Ergänzung der im vorjährigen dritten Nachtragsetat nur für eine kurze Zeit berechneten Bewilligungen. Die endgiltige Erhöhung des Munitionsetats sei vorbehalten, bis weitere Erfahrungen gesammelt seien. Die Anlagen und der Ausbau von Schießständen, Neubauten u. s. w. fänden in der Einführung des neuen Gewehrs ihre Begründung. Bezüglich der Vermehrung der Beamten im Kriegsministerium (für Preußen 38 Proc.) erklärte der Kriegsminister, daß in den nächsten Jahren in dem bisherigen Tempo nicht fortgefahren werden solle. Sollten aber weitere Neuforderungen stattfinden, so würden allerdings auch entsprechende Mehrforderungen erfolgen. Die Umwandelung der 13. Hauptleutestellen in Stabsoffiziersstellen mit Bataillonscommandeurgehalt (mehr 429 564 Mk.) wird von dem Referenten befürwortet. Der 13. Hauptmann soll das eventuell zu bildende vierte Bataillon führen. Der Correferent Abg. Hinze beantragt Ablehnung der Mehrforderung. Der Dienstaufwand des Bataillonscommandeurs sei nicht höher als derjenige des Compagniechefs. Director des Kriegsdepartements, General Vogel v. Falkenstein führt aus, im Ernstfalle müßten mehr Stellen besetzt und den Inhabern die erforderliche Charge gegeben werden. Frankreich sei uns darin voraus. Er giebt einen Nachweis der Bedürfnisse und der Thätigkeit des 13. Hauptmanns; die Aufgabe desselben sei eine schwierige und verantwortungsvolle und gehe weit über seine Stellung hinaus. Ab. Richter hält diese Forderung für die am wenigsten gerechtfertigte. Wenn das, was im Kriege geschehen müsse, schon im Frieden geschehen solle, würde der Militäretat einen ganz ungeheuerlichen Umfang erhalten. Es handle sich jetzt nicht um die V e r m e h r u n g der Zahl der Offiziere, sondern nur um eine Gehaltserhöhung; also nicht um eine Vermehrung der Schlagfertigkeit der Armee. Abg. Hammacher ist durch die bisherigen Darlegungen von der Nothwendigkeit der Forderung nicht überzeugt. Wenn ein Antrag gestellt würde, die Gehälter der Premierlieutenants und der Hauptleute II. Klasse zu verbessern, so würde sich darüber trotz der weit höheren Belastung reden lassen. Der Kriegsminister entgegnet, zu einem solchen einseitigen Antrage sei jetzt keine Veranlassung. Neue Forderungen würden ohnehin kommen, so lange die Technik immer neue Erfindungen mache. Jetzt sei die Frage: ob den Leistungen entsprechende Gehälter gegeben werden sollen. Die Frage sei auch wichtig bei etwa eintretender Pensionirung der betreffenden Offiziere. Abgeordneter Richter hält letztere Aeußerung für bedenklich; es könnte dann diese Erhöhung auf den Pensionsfonds enorm einwirken. Der Pensionsetat sei ohnehin sehr angeschwollen.

Nach Schluß der Discussion beantragte Abgeordneter Hinze die Ablehnung der Forderung und dementsprechend für Preußen 268 200 Mk., Sachsen 23 400 Mk., Württemberg 16 200 Mk. abzusetzen. Dieser Antrag wurde, wie erwähnt, mit 22 gegen 4 Stimmen der Conservativen angenommon.

Der allgemeine deutsche Bauernverein und die Landgemeindeordnung.

Die Versammlung des allgemeinen deutschen Bauernvereins, welche in Berlin am 20. d. zur Besprechung der Landgemeindeordnungsfrage stattgefunden hat, war trotz der schlechten Witterungsverhältnisse und der Störungen des Verkehrs aus allen betheiligten Provinzen durch Delegirte der Vereinsverbände zahlreich besucht. Nach der Präsenzliste waren über 200 bäuerliche Grundbesitzer erschienen. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden, Abg. Wisser eröffnet. Auf Vorschlag desselben wurden Abgeordneter Thomsen zum Vorsitzenden, Abg. Hofbesitzer Koch-Priegnitz, Fick-Osthavelland, Erbpächter Salchow zu Beisitzern erwählt. Hofbesitzer Brambach-Provinz Sachsen, Dockhorn-Halle und Dau-Hohenstein fungirten als Schriftführer. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Thomsen wurde die Präsenzliste verlesen und nach ausführlicher Berichterstattung durch Herrn Wisser in die Besprechung der Landgemeindeordnung dahin eingetreten, daß der Standpunkt der Versammlung in einer Petition zusammengefaßt wurde, um demnächst dem Abgeordnetenhause vorgelegt zu werden. Zunächst einigte sich die Versammlung darüber, daß die Landgemeindeordnungsfrage als gemeinsame Frage für alle deutschen Bauern zu betrachten sei. Durch die nach vierstündiger, in lebhafter Debatte geführter Verhandlung vereinbarte Petition wurden neben einer Anzahl formeller Verbesserungsvorschläge folgende Hauptgesichtspunkte einstimmig festgestellt:

1) Die Bestimmungen der Vorlage in den §§ 2, 126 und 142 werden gegenüber den Beschlüssen der Commission des Abgeordnetenhauses scharf vertreten.

2) Die Gewährung der Befugnisse der niederen Polizei an die Gemeindevorsteher wird für alle Gemeinden gefordert, betreffs welcher die Einführung einer Gemeindevertretung, sowie die Zusammenlegung auf Grund des § 2 durch das Gesetz herbeigeführt wird.

3) Die Bestätigungsversagung hinsichtlich der Gemeinde-

Stadt-Theater.

* Am Geburtstage Lessings wurde gestern „Miß Sara Sampson“ nach vieljähriger Pause gegeben, jenes Jugendstück des Dichters — er hat es in seinem 26. Lebensjahre geschrieben —, das seiner Zeit eine noch viel größere Umwälzung in der Schauspielkunst, wie in dem Geschmack des Publikums hervorgerufen, als später die Jugenddramen Schillers. Es war die erste bürgerliche Tragödie und das erste Prosa-Drama in Deutschland, und es wurde zum ersten Mal natürliche Empfindung und natürliche Sprache auf der Bühne gehört, wo bis dahin der falsche Glanz und die Unnatur des angeblich klassischen Dramas der Franzosen ausschließlich geherrscht hatten. Diese literargeschichtliche Bedeutung der „Sara Sampson“ ist unbestritten, fraglich kann es nur sein, ob das Stück noch heute seine Wirkung auf das Publikum auszuüben vermag. Aus der Lectüre des Dramas gewinnt man den Eindruck, daß seine Sprache nicht jene Schärfe und Knappheit zeigt, welche „Minna v. Barnhelm“ und „Emilia Galotti“ auszeichnen, aber doch schon manches enthält, was dem Wesen des späteren Sprachgewaltigen entspricht. Kürzungen und Ersetzung dieses oder jenes veralteten oder manchmal etwas roh klingenden Wortes können aber leicht dem Text alles für uns Befremdliche nehmen. Und diese Bearbeitung war gestern von unserem Landsmann, Herrn **Gottscheid**, recht geschickt, ohne dem Geist Lessings zu nahe zu treten, durchgeführt. Im übrigen ist das Stück für die Empfänglichkeit des heutigen Publikums nicht fremder als Goethes „Clavigo“ und Schillers „Kabale und Liebe“. Und wie man diese bisher doch nicht von dem Repertoire der modernen Bühne ausgeschlossen hat, so hätte auch „Sara Sampson“ einen Anspruch, auf der heutigen Bühne nicht ganz zu verschwinden, zumal dies Drama, wie die gestrige Darstellung bewies, eine ganz eminente tragische Wirkung hat. Wie Lessing in der „Emilia Galotti“ die Geschichte der Virginia, so hat er hier das antike Motiv der Medea mit großer Geschicklichkeit dem Geist der neuen Zeit dramatisch angepaßt.

Die gestrige Besetzung war bis in die kleinsten Partien eine ungemein günstige und alle Darsteller hatten sich offenbar mit dem größten Eifer der schwierigen Aufgabe gewidmet, das wahrlich nicht leicht zu spielende und wohl allen neue Stück würdig zur Darstellung zu bringen. Ein störender Zwischenfall im 2. Akt kann dies allgemeine Urtheil nicht abschwächen, da die Wiederholung der Scene völlig glatt verlief. Die drei Hauptrollen befanden sich in guten Händen. Frl. **Groß** gab die jugendliche, natürlich und schön empfindende Sara vortrefflich und in der Leidensscene des 5. Aktes sehr rührend. Frl. **Brodsky** brachte das Wilde, Dämonische in dem Charakter der Marwood sehr wirksam zur Darstellung; die Koketterie der Rolle liegt ihr nicht gleich günstig; auch müssen wir die Darstellerin vor einem gewissen Fallenlassen der Endsilben in der ruhigen Rede warnen, was oft Unverständlichkeit herbeiführt. Das zwiespältige und schwankende Wesen des Mellefont macht diese Partie wahrlich nicht zu einer dankbaren; Hr. **Stein** verkörperte sie aber in einer Weise, die jeder Nuance gerecht wurde und doch der Gestalt die volle Theilnahme des Zuschauers erwarb. Er verdient für die glückliche Lösung dieser Aufgabe besondere Anerkennung. Die Herren **Schreiner** (Sampson), **Rub** (Norton) und **Höflich** (Waitwell) führten ihre kleinen Rollen vorzüglich durch; auch Frl. **Proft** (Betty) und Frl. **Hagedorn** (Hannah) spielten vollkommen angemessen. Die scenische Einrichtung verdiente alle Anerkennung; namentlich dankbar anzuerkennen war, daß, abgesehen von einer größeren Pause zwischen dem 2. und 3. Akt, die Akte schnell auf einander folgten und so die einheitliche Stimmung gesichert wurde. — Wir bedauerten, daß die hübsche Darstellung nur mäßig besucht war, hoffen aber, daß sie als Sonnabendvorstellung wiederholt wird, wo sie dann sicher ein größeres Publikum herbeiziehen wird.

Der Vorstellung voraus ging ein stimmungsvoller und sehr schwungvoll vorgetragener Prolog, verfaßt und gesprochen von Hrn. **Gottscheid**, der mit einer Bekränzung der Lessingsbüste schloß und sehr beifällig aufgenommen wurde.

vorsteher soll nur aus bestimmten Gründen erfolgen können.

4) Zur Wahrung des bestehenden Stimmrechts wird gefordert a. die Erweiterung der Regierungsvorlage nach dieser Richtung, b. die allgemeine Durchführung der geheimen Zettelwahl.

An der äußerst lebhaften Debatte betheiligten sich hauptsächlich die Herren Pelz und Scheibe (Provinz Posen), Dau (Westpreußen), Fick, Siewert, Woike und Bellin (Provinz Brandenburg), Thomsen (Schleswig-Holstein), sowie H. Schlottke, Golzow (Hinterpommern) und der Referent Wisser. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, daß die vereinbarte Petition durch den Vorstand des allgemeinen deutschen Bauernvereins sofort dem Abgeordnetenhause zu überreichen sei. Auch soll den Gemeindeinsassen in allen Provinzen Gelegenheit gegeben werden, sich dieser Petition anzuschließen.

Demnächst wurde auf Antrag des Herrn Gemeindevorstehers Woike-Treplin und mit Unterstützung des Referenten gegenüber der Stellung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zur **Schulgesetzvorlage** die Resolution:

„Die Aufhebung der Bevorrechtigung, wonach der Grundherr nicht Mitglied der Schulgemeinde und von persönlichen Schulbeiträgen frei ist, herbeizuführen"

einstimmig angenommen. Alsdann wurde die Versammlung mit begeistertem dreimaligen Hochruf auf den Kaiser geschlossen. (Die Exemplare der vereinbarten Petition sind im Verlage der „Deutschen Bauernzeitung" von Schwarz u. Schön in Erfurt, Barfüßerstraße, zu beziehen.)

Die Frauen in gewerblichen Betrieben.

Nach amtlichen Erhebungen betrug die Gesammtzahl der verheiratheten Frauen, welche Mitte August 1890 im deutschen Reiche in gewerblichen Betrieben beschäftigt waren, etwa 130 000. Davon entfielen auf die Spinnereien etwa 18 200, auf die Ziegeleien etwa 8000, der Rest mit nahezu 104 000 auf die übrigen Fabriken und die diesen gleichgestellten gewerblichen Anlagen. Von den letzteren kamen auf Preußen nahezu 43 000, auf die übrigen Bundesstaaten etwa 61 000. Innerhalb Preußens waren die verheiratheten Frauen in Fabriken am zahlreichsten vertreten in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz mit je etwa 5000, Düsseldorf mit gegen 4000, Frankfurt a. O. mit 3700 und der Stadt Berlin mit 3500. Weniger als je 500 Frauen waren beschäftigt in den Regierungsbezirken der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen sowie in den Regierungsbezirken Osnabrück, Aurich, München, Coblenz, Trier und Sigmaringen. Von den übrigen Gebieten des deutschen Reichs beschäftigte die meisten verheiratheten Frauen (21 900) das Königreich Sachsen. Es folgt Baiern mit etwa 11 100, Baden mit 6900, Elsaß-Lothringen mit 5000, Württemberg mit 4200 sowie die thüringischen Staaten mit 5300. Von der letztgenannten Zahl entfallen auf Reuß ä. und j. L. allein 3387.

Conflict in Tirol.

Im Tiroler Landtage hat die Frage der Autonomie Südtirols zu einem Conflict zwischen der Regierung und dem Landtage geführt. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, beantragte gestern der Abg. Dordi die dringliche Behandlung der Comitéanträge betreffend die Autonomie Südtirols noch vor den Gegenständen der heutigen Tagesordnung. Das Haus sprach sich mit großer Majorität für die Dringlichkeit aus, worauf der Statthalter im Namen des Kaisers den **Landtag für geschlossen** erklärte und den Landeshauptmann um sofortige Invollzugsetzung ersuchte. Die Sitzung wurde sodann mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser geschlossen. **Sämmtliche italienische Abgeordnete** des tirolischen Landtages haben ihre **Mandate niedergelegt.**

Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Das der ungarischen Regierung nahestehende Blatt „Nemzet" spricht seine Zustimmung aus zu dem Geiste, von dem sich die russische Presse bei der Besprechung der bevorstehenden Petersburger Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich-Esthe beseelt zeige, und erklärt, es werde nur von den russischen Staatsmännern abhängen, daß die im Wesen vollständig richtige Meinung, wonach Oesterreich-Ungarn und Rußland ganz gut nebeneinander auf der Balkanhalbinsel auskommen können, auch durch die Ereignisse gerechtfertigt werde.

In der französischen Deputirtenkammer verlangte gestern der Deputirte Prinz von Arenberg von der Rechten Auskunft über den **Zwischenfall des französischen Reisenden Mizon,** welchem die englische Niger-Compagnie die Fortsetzung seiner Reise auf dem Niger ohne ihre Genehmigung untersagt hätte, entgegen den Bestimmungen der Berliner Congo-Acte, in welcher die freie Schiffahrt auf dem Niger vereinbart sei. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, erwiderte, er hätte sich in dieser Angelegenheit an das englische Cabinet gewandt, welches wahrscheinlich die Ansprüche der Niger-Compagnie nicht billige, denn es befahl, Mizon unbehindert passiren zu lassen. Frankreich habe also ausreichende Genugthuung erhalten. Der Deputirte Pichou entwickelte hierauf seine **Interpellation** betreffend das von italienischen Journalen verbreitete Gerücht, Frankreich beabsichtige **Tripolis** zu occupiren. Er halte es für angezeigt, dieses Gerücht zu dementiren, welches von Journalen herrühre, die bemüht seien, die Handlungen Frankreichs entstellt darzustellen. Ribot erwiderte, es hieße diesen Journalen zu viel Ehre erweisen, wenn man diesen Gerüchten irgend welche Bedeutung beilegen wollte. Die ottomanische Regierung, zu der Frankreich in den besten Beziehungen stehe, werde durch diese Gerüchte nicht beunruhigt sein und Europa könne dieselben ebenfalls nicht ernst nehmen. Lebhafter Beifall begleitete des Ministers Ausführungen. Damit war der Zwischenfall geschlossen.

Die Ersatzwahl in Hartlepool, welche, wie gemeldet, zu Gunsten eines Gladstoneaners ausgefallen ist, darf deshalb einige Beachtung in Anspruch nehmen, weil sich hier zum ersten Male nach der Parnellkrise die Gelegenheit bot, den Einfluß derselben auf die liberalen Wähler zu studiren. Die Probe ist für Homerule günstig ausgefallen; Parnells Hartnäckigkeit hat in dieser kurzen Zeit noch nicht vermocht, die liberalen Wähler irre zu machen. Daß die liberale englische Presse sehr erfreut ist, läßt sich unter diesen Umständen denken. Die „Daily News" schreibt:

„Dies ist der größte und glänzendste Sieg, den die liberale Partei seit der allgemeinen Wahl von 1886 errungen hat. Er wurde erzielt angesichts außerordentlicher Hindernisse und unter Verhältnissen, welche weniger elastische oder zuversichtliche Politiker erdrückt haben würden. Es ist ein Triumph von Recht gegen Macht."

Die unionistischen Blätter schweigen entweder oder sprechen dem Wahlergebnisse jede höhere politische Bedeutung ab. Die „Times" meint dagegen, der Erfolg des Liberalen Furneß habe wenig gemein mit der irischen Streitfrage; hoffentlich werde das Verdict Hartlepools bei den allgemeinen Wahlen umgestoßen werden, wenn die weniger gebildeten Wähler über die Gefahren der irischen Politik Gladstones besser aufgeklärt sein würden.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 22. Januar.

Zweite Lesung des **Etats** für 1891/92.

Bei den Einnahmen aus den **Domänenverwaltungen** lenkt

Abg. **Stengel** (freicons.) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die niedrigen Erträgnisse der Domänenverpachtungen. In Ost- und Westpreußen sind die Erträgnisse der letzten Jahre um über 30 Proc. gesunken. Nur in der Provinz Sachsen sind hohe Pachtpreise erzielt, und zwar mit Rücksicht auf die hohen Erträge der Zuckerindustrie. Ich möchte die Regierung fragen, wie sie sich dazu stellen würde, wenn später durch eine ungünstige Einwirkung des neuen Zuckersteuergesetzes die Erträgnisse jener Domänen sinken würden? (Beifall rechts.)

Abg. **Rickert**: Ich lehne es ab, hier über die Zuckersteuervorlage, die dem Reichstage vorliegt, mit Ihnen zu discutiren. Das gehört nicht zu diesem Titel. Wir wünschen allerdings dringend, daß mit der Prämienwirthschaft beim Branntwein und Zucker ein Ende gemacht wird. Die Gründe gegen die Prämien, welche die Reichsregierung angeführt hat, sind überzeugend genug. Eine andere Frage ist die von dem Vorredner zuletzt angeregte. Beim Tabakmonopol waren die Herren der rechten Seite nicht so empfindlich bei den in Aussicht stehenden Verletzungen vieler Interessen. Damals wies man unsere Forderung, in weiterem Umfange Billigkeit walten zu lassen, zurück. Indeß, diese Frage wird die Regierung erst dann beschäftigen können, wenn das Zuckersteuergesetz angenommen wird. Anknüpfend an die vorgestrige Berathung möchte ich nun noch dem Abg. Grafen Limburg gegenüber hervorheben, daß die geringeren Pachterträge von 1 oder 2 Jahren keinerlei sicheren Schluß auf die Lage der Landwirthschaft zulassen. Dazu muß man größere Zeiträume in Betracht nehmen. Wenn man das aber thut — wie stellen sich dann die Dinge dar? 1850 brachten die Domänen 14 Mk. pro Hectar, 1871 26 Mk., 1884/85 38 Mk. und nach dem jetzigen Etat 41,55 Mk. Ist das nicht eine große stetige Steigerung? Was thut da das zeitweise Heruntergehen für ein Paar Jahre? Aber mehr noch: Sie haben ja immer erklärt, die Getreidezölle würden helfen. Wenn jetzt trotzdem Nothlage herrscht, wozu dann die Getreidezölle? — Die letzte Nachweisung ist um so weniger maßgebend, als bei der letzten Verpachtung der fraglichen Grundstücke im Jahre 1872 ganz abnorme Verhältnisse waren. Damals waren die Güterpreise außerordentlich in die Höhe getrieben. Man überbot sich auch bei den Pachten in übertriebener Weise. Lassen wir also diese alte Streitfrage fallen, in der Sie doch keine neuen Gründe vorbringen können. Viel wichtiger ist die Frage, ob der Staat, namentlich im Osten, an seinen Domänen festhalten soll. Ich verneine dies. Die früheren nicht gelungenen Versuche entscheiden nicht. Unser College Gombart hat sein Rittergut mit Erfolg parcellirt und statt dessen eine lebensfähige Gemeinde geschaffen. In den Jahren 1884/87 hat die Regierung 2200 Hectar verkauft und durch den Kaufpreis 90 Procent mehr erzielt, als bis dahin die Einnahmen betrugen. Diese Verkäufe mögen nicht maßgebend sein, aber sie sind doch geeignet, zu weiteren Parcellirungen der Domänen anzuregen. Ueberall spricht man von großen socialpolitischen Gesichtspunkten. Die Theilung des Grundbesitzes ist für den Osten eine Lebensfrage. In Wahlprogrammen, Reden hat man genug von der „inneren Colonisation" gesprochen. Man lege doch endlich Hand an. Der Staat hat das Mittel in der Hand, eine große Zahl leistungsfähiger kleiner Grundbesitzer zu schaffen. Möchte er doch so bald wie möglich vorgehen. (Bravo! links.)

Abg. **Gombart** (n.-l.): Es wäre bedenklich, wenn Deutschland mit der Aufhebung der Zuckerausfuhrprämien einseitig vorginge, umgeben von Ländern, die sämmtlich Ausfuhrprämien haben. Ich habe die Hoffnung, daß bei dem Handelsvertrage auch diese Frage behandelt werden wird und Erleichterungen eintreten werden, die es den Zuckerfabrikanten einigermaßen ermöglichen, ihr Gewerbe noch rentabel zu machen. Eine Parcellirung der Domänen wünsche ich auch im wirthschaftspolitischen Interesse, namentlich in der Form der Rentengüter. Ich frage bei dieser Gelegenheit den Minister, ob er bei der Gründung von Rentengütern so verfahren wird, wie es nach dem Ansiedelungsgesetz in Westpreußen und Posen geschieht, daß 90 Procent der Rente ablösbar und 10 Procent unbblösbar sind.

Landwirthschaftsminister **v. Heyden**: Die Frage des Zuckersteuergesetzes brauche ich heute nicht erörtern. Die Pachtpreise der Domänen sind auch im vorigen Jahre zurückgegangen. Auf den Wunsch des Abg. Rickert nach Veräußerung will ich in diesem Momente keine bestimmte Erklärung abgeben, würde es aber nicht für Recht halten, übereilt den Staatsgrundbesitz zu veräußern. Ich erkenne auch vollständig an, daß es eine dringende Aufgabe der Regierung ist, den bäuerlichen Grundbesitz zu erhalten und zu stärken. (Beifall rechts.) Zur Ausführung des Rentengesetzes sind die einleitenden Schritte geschehen. Es werden bei Begründung derselben dieselben Vertragsbestimmungen zu Grunde gelegt werden, welche bereits bei der Ansiedelungs-Commission angewendet werden. Die Colonisation dürfen wir nur langsam betreiben, denn es sind früher sehr ungünstige Erfahrungen damit gemacht worden. (Beifall rechts.)

Abg. **Humann** (Cent.) tritt lebhaft den neulichen freihändlerischen Ausführungen der freisinnigen bezw. socialdemokratischen Abgg. Brömel und Bebel im Reichstage entgegen und bedauert, daß bei dem Handelsvertrage mit Oesterreich wieder die Landwirthschaft das Leder hergeben solle, aus welchem Riemen für die Industrie geschnitten werden.

Abg. **v. Erffa** (cons.): Wir sind für Erhaltung des Bauernstandes, Abg. Gombart geht aber zu weit, wenn er die meisten Rittergüter parcelliren will, um Bauernstellen zu schaffen. Redner erörtert dann den Nothstand der Landwirthschaft. Der Nothstand unter der consumirenden Bevölkerung existirt nur in den Spalten der freisinnigen Presse. Ich hoffe, die Regierung wird bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich die Interessen der Landwirthschaft ebenso wie die der Industrie wahrnehmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Geer** (nat.-lib.) wünscht ein größeres Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Domänenpächtern, die nur mit Rücksicht auf die bestehende Zuckersteuer den bisherigen theilweise sehr hohen Pachtzins bezahlten.

Landw. Minister **v. Heyden**: Die Regierung sei sich der hohen Verantwortung wohl bewußt, die sie mit der theilweisen Oeffnung der Grenzen auf sich genommen habe. Es würde aber nach wie vor die Regierung die größere Vorsicht bei der Erleichterung des Grenzverkehrs obwalten lassen.

Abg. **v. Below-Saleske** (cons.): Die Aenderungen des Zuckersteuergesetzes würden sich sehr scharf bei unseren Domänen rächen. Die französische Zuckerindustrie sei durch das Consumsteuersystem fast vollständig ruinirt, trotzdem wolle man bei uns den Versuch damit machen. Die geringe Erhöhung der Lebensmittelpreise sei nicht durch die Zölle von 1887, die noch gar nicht gewirkt hätten, sondern durch die gestiegene Kaufkraft und den gestiegenen Consum des Volkes überhaupt bewirkt. Nicht der Großgrundbesitz saugt den bäuerlichen Besitz auf, sondern das schlechte Erbrecht, welches den kleinen Besitz in immer kleinere Parcellen zerlegt. Geben Sie uns gute Gesetze, setzen Sie bei der friedericianischen Gesetzgebung ein, dann wird es dem Vaterlande wohlergehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Rickert**: Sehr einverstanden, daß wir bei der friedericianischen Politik einsetzen! Friedrich II. schrieb, wie Hrn. v. Below bekannt sein wird, daß er der König der Armen sei und nicht wolle, daß dem armen Volk die Nahrungsmittel vertheuert würden. Wir haben nichts dagegen, daß dieser Grundsatz endlich Anerkennung finde. Die Herren drüben thun so, als ob es nur ein paar Städter wären, welche unserer Anschauung huldigten. Früher war die ganze conservative Partei die Vorkämpferin des Freihandels. Als der Fürst Bismarck 1879 die große Schwenkung machte, schwenkten die Herren mit. Sie sollten also sich nicht so viel zugute thun auf Ihre Meinung, sondern etwas bescheidener sein. Als wir 1884 gegen die Ausweisungspolitik Bismarcks eintraten, wie wurden wir damals von Ihnen verhöhnt und verlacht. Und was geschieht heute? — Herr v. Below schließt sich uns an. Freilich, 5 bis 6 Jahre haben Sie gebraucht, um zu derselben Erkenntniß zu kommen, die wir damals schon hatten. Nun, wir wollen zufrieden sein, wenn Sie überhaupt nur lernen, wenn Sie auch 5 bis 6 Jahre Lehrzeit brauchen. Dieselben Erfahrungen haben Sie auf dem Gebiete des Socialistengesetzes gemacht. Sie werden Sie bei den Sperrgeldern machen. Treten Sie also nicht auf, als wären Sie Generalpächter richtiger Meinungen. Herr v. Below meint, wir trieben hier Wahlpolitik. Haben wir denn diese Debatte angeregt? Herr v. Erffa hat sich vorbereitet, wie er selbst sagt, auf eine große Rede. Ich nicht. Ich wollte nur die streng zu dem Domänenetat bezüglichen Bemerkungen machen. Nichts weiter. Wir haben das Bedürfniß nach großen wirthschaftspolitischen Debatten hier nicht. Sie können mit Erfolg nur im Reichstage geführt werden. Was hilft es Ihnen, wenn Sie fortgesetzt über die Noth der Landwirthschaft klagen. Helfen Sie dem Landwirth damit? Sie drücken die Kraft, die Zuversicht und Hoffnung derselben herab mit Ihren fortgesetzten Jeremiaden. Abg. Schultz-Lupitz verlangt Ruhe. Das ist sehr bequem, nachdem Sie durch eine fortgesetzte Agitation einen Getreidezoll von 5 Mk. erlangt haben und gesättigt sind. Jetzt wollen Sie in Ruhe verdauen. Wir werden Sie aber nicht in Ruhe lassen, sondern so lange arbeiten, bis eine Aenderung eintritt. Der Einzige, der die Frage hier ehrlich und aufrichtig formulirt hat, ist College Humann. Er sagt: Producenten und Consumenten haben entgegengesetzte Interessen. Es kommt darauf an, wer der Stärkere ist. Die Fragestellung ist richtig. Die Geschichte zeigt uns aber, daß einzelne Wirthschaftsgruppen, wenn sie ihr bevorzugtes Wahlrecht zu Ungunsten der Massen benutzten, damit schließlich Unheil stifteten. Wir verlangen allerdings, daß das Interesse der Consumenten, und dieses deckt sich mit dem Gesammtinteresse, vorangestellt werde. So krasse Privilegien, wie sie jetzt bestehen, führen zu keinem guten Ende. Der socialdemokratische Abg. Schumacher erklärte im Reichstage, nichts hätte eine solche Zugkraft für die Socialdemokratie, wie die agrarischen Zölle. Leider ist das wahr. Die Massen merken die Erhöhung der indirecten Steuern in den letzten 10 Jahren von 5 auf 13 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Diese Thatsache verstärkt die Phalanx der Socialdemokratie. Herr v. Erffa freute sich, daß ich heute zum ersten Mal die üble Lage der Landwirthschaft anerkannt hätte. Die Conservativen lachten dabei, allerdings ohne Grund. Sie irren sich vollkommen. Schon vor zwei Jahren habe ich in denselben Ausdrücken dasselbe gethan. (Redner verliest den stenographischen Bericht.) In Bezug auf die Mittheilung der Zeitungen betreffend den Hungertyphus hat Herr v. Erffa keine Zeitung namhaft gemacht. Bevor er dieses nicht thut, und ich bitte darum, können wir mit ihm nicht darüber discutiren. Herr v. Erffa fragt: als die Preise früher höher waren, weshalb hätten wir uns nicht um die Ernährung der Bevölkerung bekümmert? Was sollten wir denn thun? Hohe Preise, die in der Natur der Dinge liegen, können wir selbstverständlich nicht hindern. Wogegen wir protestiren, ist die künstliche Steigerung der Preise der Lebensmittel zu Gunsten einzelner privilegirter Klassen. Die agrarischen Zölle erhöhen den Preis des Grundbesitzes. Davon hat aber nur der jetzige Besitzer einen Vortheil; sobald er verkauft, läßt er sich die Wirkung der höheren Zölle bezahlen. Auch diese Verhandlung hat auf mich den Eindruck gemacht, daß die Herren eine Ahnung bekommen von dem, was Ihnen bevorsteht. Ihre Reden werden den Gang der Dinge nicht aufhalten. Sie wittern Morgenluft, meine Herren. (Heiterkeit.) Darüber sind Sie zornig. Sie wollen die Thüren und Fenster schließen, um diese frische Luft nicht hereinzulassen. (Heiterkeit.) Ich sage Ihnen aber, es kommt doch ein neuer Tag, und die Sonne, die dann leuchtet, sie wird vielleicht auch Sie erleuchten. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **Schultz-Lupitz** (freicons.) betont nochmals, daß er heute streng an den bestehenden Zöllen festhalten müsse, die man sehr bald als ein dauerndes Mittel, Landwirthschaft und Industrie zur Blüthe zu bringen, erkennen würde.

Abg. **Pleß** (Centr.): Daß die Frage, ob billigeres oder theureres Brod, eine untergeordnete Rolle spielt, zeigen unsere Auswanderer, die nur danach fragen, ob der Verdienst in dem neuen Lande ein größerer ist.

Abg. **Humann** (Centr.): Nur die allgemeine wirthschaftliche Lage Deutschlands, nicht der zufällige Umstand, daß wir die Majorität haben, ist die Ursache der bestehenden Zölle.

Nachdem noch Abg. **Krendt** (freicons.) für die Erhaltung der Zölle eingetreten ist, erklärt Abg. **v. Below-Saleske** (cons.), daß die pommerschen und preußischen Landwirthe Freihändler waren, so lange die Industrie keine Zölle hatte, und **wenn die industriellen Zölle wieder aufgehoben werden, dann stellen wir uns ganz und voll auf die Seite des Freihandels.** (Bravo! links.)

Abg. **Seelig** (freis.): Ich spreche meine Freude über diese Erklärung aus. Wir streben die Beseitigung aller ungerechtfertigten Schutzzölle, nicht bloß der landwirthschaftlichen, an. Da die Zölle der Landwirthschaft zuletzt erhöht worden sind, so sind wir zunächst für die Herabsetzung dieser Zölle.

Die Einnahmen werden bewilligt, ebenso ohne erhebliche Debatte der Rest des Etats.

Nächste Sitzung: **Sonnabend.**

Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Januar.

Die zweite Berathung des **Etats** wird fortgesetzt.

Zum Kap. „**Reichsgesundheitsamt**" liegt der Antrag der Abgg. Dr. **Barth** u. Gen. um die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs vor.

Abg. **Münch** (freis.) bringt Beschwerden zur Sprache über mangelhafte Desinfection von Viehwagen. Es würde sich vielleicht empfehlen, ähnlich wie Trichinenbeschauer Viehbeschauer anzustellen, die jedes Stück Vieh besonders vor dem Transport auf ihre Seuchenfreiheit zu untersuchen hätten.

Staatssecretär **v. Bötticher** erklärt die jetzigen Bestimmungen über die Desinfection der Viehwagen für durchaus genügend. Viehbeschauer überall anzustellen, ginge nicht an, da es ein veterinärärztliches Studium erfordere, einem Stück Vieh anzusehen, ob es krank sei.

Abg. **Thomsen** (freis.) bedauert, daß durch die deutsche Seuchengesetzgebung Schleswig-Holstein von dem englischen Markte ausgeschlossen sei. Redner bittet, dahin zu wirken, daß die Seuchengesetzgebung verbessert werde.

Staatssecretär **v. Bötticher**: Schleswig-Holstein hat allerdings den englischen Markt verloren; aber es hat sich andere Absatzgebiete eröffnet und auf diesen erheblich bessere Preise erzielt als auf dem englischen Markte. Eine gewissenhafte Durchführung des Seuchengesetzes sei durchaus nothwendig.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) ist der Ansicht, daß das gegenwärtige Seuchengesetz unter keinen Umständen aufgehoben werden dürfe. Eine Aufhebung der Viehsperre würde eine vollständige Verseuchung unseres Viehbestandes zur Folge haben.

Abg. **Lingens** (Centr.) weist darauf hin, daß der Congreß für Gesundheitspflege die Anlage von Kirchhöfen für nicht gesundheitsschädlich erklärt habe, daß es daher ungerechtfertigt sei, Kirchengemeinden deshalb Beschränkungen aufzuerlegen.

Abg. **Barth** (freis.): Unser Antrag richtet sich gegen eine Verordnung, welche seit beinahe 8 Jahren in Kraft ist. Es scheint mir, daß es mit dieser Verordnung so geht wie mit einem Wachtposten, dessen Ablösung vergessen ist; es ist die höchste Zeit, ihn abzulösen. Redner giebt eine Darlegung der Entstehungsgeschichte dieser Verordnung und führt aus, wie die Agrarier den Fürsten Bismarck für sich zu interessiren verstanden und nach und nach das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch aus Amerika erwirkt hätten. Es handelt sich um eine besonders für die industrielle Bevölkerung des westlichen Deutschland außerordentlich einschneidende Maßregel, da der Fleischconsum nunmehr rapide abgenommen hat. Der Versuch eines Nachweises, daß das amerikanische Schweinefleisch erheblich gesundheitsschädlicher sei als das inländische, ist durchaus mißlungen. Es haben sich jetzt so starke Bedenken der verschiedensten Art gegen jene Verordnung herausgestellt, daß die verbündeten Regierungen uns für unsere Anregung dankbar sein müßten. Die Verordnung von 1883 beruht auf einer Bestimmung unseres Vereins- und Zollgesetzes, daß Einfuhrverbote „zeitweise" aus Gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Gründen erlassen werden können. Wenn es sich um eine dauernde Gesundheitsgefährlichkeit handelt, da sollte man nicht durch eine Verordnung, sondern auf gesetzlichem Wege vorgehen. Die eigentliche Rechtsbasis für diese Verordnung ist also heute nicht mehr vorhanden. Die bekannte Petition der Bergarbeiter führt aus, daß das amerikanische Schweinefleisch von der Arbeiterbevölkerung garnicht zu entbehren sei, so daß es sich verlohnt, einen sehr umfangreichen Schmuggel damit nach Deutschland zu betreiben. Diese Seite der Sache ist ebenfalls nicht ohne Bedenken. Daß ein Schmuggel stattfindet, ist beklagenswerth. Noch bedenklicher aber ist dies, wenn man erwägt, daß es nur den ausländischen Händlern ermöglicht ist, dies Product einzuführen, den inländischen nicht. Sie werden es dem Arbeiter niemals glaublich machen, daß es sich bei dem Verbot eines Nahrungsmittels, das in allen Ländern in großen Quantitäten consumirt wird, und bei dem trotz sorgfältigster Untersuchungen sich bisher keine erhebliche Trichinengefahr herausgestellt hat, um eine durch die sanitären Interessen gebotene Maßregel handelt, sondern Sie werden nur den Verdacht auf sich laden, daß es sich hierbei um eine Protection handelt, und dadurch wird sowohl die Reputation der Behörden, wie das Ansehen der Gesetzgebung geschädigt. Nun haben die Vereinigten Staaten hierin gerade eine bedeutende Ausfuhr, deren Discreditirung ihnen natürlich sehr unangenehm ist. Wäre es eine reine Protectionsmaßregel, so würde es noch nicht so schlimm sein; aber dadurch, daß man es als sanitäre Maßregel betrachtet, müssen sie es als ein Mißtrauen in ihre geschäftliche Solidität ansehen. Nun ist aber im vorigen Jahre in den Vereinigten Staaten ein Gesetz erlassen, welches eine genaue Controle und Ueberwachung der Herstellung und Versendung des Speckes anordnet. Es ist jetzt jede Garantie für eine Unschädlichkeit des amerikanischen Speckes geboten und die beste Gelegenheit, mit einem Federstrich das Einfuhrverbot aufzuheben, bevor noch die Ver. Staaten mit Recriminationen an uns herantreten. In Frankreich scheint man ja jetzt auch dazu geneigt zu sein, nachdem der amerikanische Gesandte in Paris mit großem Sarkasmus auf das Unberechtigte des Einfuhrverbotes hingewiesen hatte und auf die Thatsache, daß das amerikanische Schweinefleisch auf der Pariser Weltausstellung mit dem ersten Preise gekrönt war, und nachdem er mit Repressalien in Bezug auf die französischen Weine gedroht hatte. Die Hamburger Handelskammer hat in ihrem letzten Jahresbericht mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß das den englischen Arbeitern freigegebene Schweinefleisch einen bedeutenden Vortheil gegenüber der Ernährung der deutschen Arbeiter biete. Auch wir müssen an die Möglichkeit von Repressalien denken. Ich selbst gehöre zu den entschiedensten Gegnern der Repressalienpolitik, weil man damit ins eigene Fleisch schneidet. Aber in den Vereinigten Staaten herrscht eine sehr starke Neigung zu einer solchen Politik. Es spricht somit alles dafür, daß das Einfuhrverbot aufgehoben wird, und es wird den allerbesten Eindruck machen, wenn gewissermaßen durch eine Erklärung des Reichstages die amerikanische Schweineproduction zu Ehren kommt. Darum fordere ich Sie alle auf, sich möglichst einstimmig unserem Wunsche anzuschließen. (Beifall links.)

Staatssecretär **v. Bötticher**: Sanitäre Maßregeln sprechen für Aufrechterhaltung des Verbots. Dem Verbot lag nicht Protectionspolitik zu Grunde, sondern das Bestreben, Deutschland vor einer Steigerung der Trichinengefahr zu schützen. Die Gefahr der Trichinose durch amerikanisches Schweinefleisch war auch größer als durch deutsches, 7 gegen 0,6 Proc. Ich gebe zu, daß sich seitdem der Gesundheitszustand der amerikanischen Schweine verbessert hat. Aber eine Gewähr dafür, daß nun das Einführen kranker Schweine aus Amerika ausgeschlossen sei, besteht in keiner Weise. Einmal giebt es in Amerika keine obligatorische Trichinenschau, und dann sind die gesundheitssanitären Verordnungen der amerikanischen Regierung noch nicht so entwickelt, daß sie eine Garantie gegen Trichinose bieten. Die wirthschaftlichen Folgen des Einfuhrverbotes werden weit überschätzt. Die deutsche Regierung kann jetzt das Einfuhrverbot noch nicht aufheben. Die Thierärzte Amerikas planen einen Congreß für den nächsten Sommer zur Berathung der Einführung einer obligatorischen Fleischschau, ähnlich wie in Deutschland; also auch dort hält man die Garantie noch nicht für genügend. Frankreich mag thun, was es will, wir müssen alle Schädlichkeiten von uns fern halten. Sobald uns die Gewähr für die Beseitigung einer Ansteckungsgefahr gegeben ist, werden wir die Aufhebung des Einfuhrverbotes ins Auge fassen.

Abg. **Schmidt-Sachsen** (Soc.): In den großen Schlachthäusern Amerikas ist die sanitäre Ueberwachung eine durchaus vollkommene, die amerikanische Regierung thut alles, um den Export von nur gesundem Fleisch zu ermöglichen. Es liegt ganz klar zu Tage, daß das Einfuhrverbot lediglich im agrarischen Interesse erfolgt ist und aufrecht erhalten wird. Und um dieser agrarischen Interessen wegen werden die wichtigsten Interessen, die Ernährung der Arbeiter verkümmert, und sind die Vereinigten Staaten zu Repressalien veranlaßt worden, welche mittelbar unter den Textilarbeitern in Sachsen einen unsagbaren Nothstand hervorgerufen haben. Wir werden für den Antrag Barth stimmen.

Abg. **v. Frege** (cons.): Wir stehen auf dem Standpunkt der Regierung. Wenn wir die Garantie haben für eine vollständige Unschädlichkeit des amerikanischen Fleisches, wollen wir mit Freuden das Einfuhrverbot aufheben. Die Angriffe, die gegen den Großgrundbesitz immer gerichtet werden, weise ich entschieden zurück. Hohe Preise wollen wir garnicht haben, es liegt uns viel mehr an festen Durchschnittspreisen. Trotz der Zölle haben sich in Deutschland die Lebensmittelpreise auf derselben Höhe gehalten wie in anderen Ländern. Unsere Agrarpolitik hat gerade auch den Nichtagrariern die größten Vortheile gebracht, ohne sie wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, sich selbst zu erhalten, und würde unsere Arbeiterschaft keinen normalen Durchschnittslohn erhalten; ohne sie wäre unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefährdet. Durch die Aufhebung des Einfuhrverbotes würden die Bergarbeiter nur einen Vortheil haben auf Kosten der viel ärmeren landwirthschaftlichen Arbeiter. Dem armen Mann auf dem Lande dürfen wir nicht den kleinen Verdienst aus seiner Schweinezucht nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Brömel** (freis.): Im deutschen Volke wird jedenfalls wohl verstanden werden, wie von dem einseitigsten agrarischen Standpunkte aus eine angeblich aus

sanitären Rücksichten erlassene Maßregel vertheidigt wird. (Sehr wahr! links.) Hr. v. Frege hat eine Rede gehalten, als ob es sich um den schönsten agrarischen Schutzzoll handelt. Sie können rings um die Erde gehen und werden kein Land finden, wo in so rücksichtsloser, fast barbarischer Weise eine Besteuerung der nothwendigen Lebensmittel eingeführt ist wie im deutschen Reiche. (Sehr richtig! links.) Wenn der Staatssecretär sich beruft auf die vor Erlaß des Einfuhrverbotes angestellte Ermittelung, so erinnere ich daran, daß Virchow s. Z. an allen den Plätzen, wo nach den Angaben der Regierung Trichinose durch Genuß amerikanischen Schweinefleisches entstanden sein sollte, genaue Untersuchungen über die angeführten Fälle vorgenommen hat, und dabei hat sich ergeben, daß in keinem einzigen Falle mit einiger Sicherheit nachgewiesen worden ist, daß der Genuß amerikanischen Schweinefleisches eine Erkrankung an Trichinose zur Folge gehabt hat, während von deutschem Schweinefleisch diese Folge vielfach nachgewiesen worden ist. (Hört, hört! links.) Uebrigens können die Verhältnisse von 1882 auch jetzt nicht mehr maßgebend sein. Seit jener Zeit hat der Export aus Amerika sich ganz erheblich vermehrt, und in Folge dessen ist in anderen Ländern ohne Absperrungsmaßnahmen eine erhebliche Zunahme des Fleischconsums festgestellt worden, während derselbe bei uns zum Theil zurückgegangen ist. So ist namentlich in dem freihändlerischen England der Fleischconsum sehr bedeutend gestiegen. Bei uns konnte sich die arbeitende Bevölkerung das natürlich nicht leisten, denn dann hätte sie 40 Mill. an Zoll zahlen müssen. Der deutsche Speck kostet jetzt nahezu das Doppelte von dem, was der amerikanische Speck in England kostet. (Hört, hört!) In England, wo ein Riesenconsum von amerikanischem Schweinefleisch herrscht, müßte doch schon lange jeder Mann mit Frau und Kind an der Trichinose gestorben sein. (Heiterkeit.) Man hört aber garnichts von dergleichen Fällen. Der Staatssecretär hat eine sonderbare Interpretation des Wortes „zeitweise" gegeben, die vor acht Jahren sich gewiß niemand hätte träumen lassen. Die deutsche Volksvertretung soll sich das eine Lehre sein lassen und in Zukunft solche Vorschriften nicht so allgemein fassen. Wenn es der Regierung mit einer Erleichterung unserer Volksernährung wirklich Ernst ist, so sollte sie wenigstens den Versuch einer Reform machen und die günstige Wendung, welche seit den letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten eingetreten ist, benutzen, um die handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu bessern. Ich kann nur bitten, für den Antrag Barth zu stimmen, damit endlich das unselige System der Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel beseitigt wird. (Beifall links.)

Staatssecretär **v. Bötticher**: Der Vorredner sieht in der Maßregel eine protectionistische, davon ist aber gar keine Rede, es handelt sich nur um eine gesundheitspolizeiliche Maßregel, und ich muß deshalb gegen die letzte Aeußerung protestiren. In amerikanischen Blättern ist festgestellt, daß erkrankte Thiere geschlachtet und verarbeitet werden. Daß in England keine Erkrankungen eingetreten sind, liegt daran, daß die Engländer rohes Schweinefleisch nicht genießen, während das bei uns sehr gebräuchlich ist. Wenn die Gefahr, zu deren Abwendung das Einfuhrverbot erlassen ist, nicht mehr vorhanden ist, wird das Verbot aufgehoben werden. Die amerikanische Regierung soll nur dieselben Maßregeln anordnen, welche bei uns in dieser Beziehung in Geltung sind.

Abg. Graf **Kanitz** (cons.): Das Einfuhrverbot hat sowohl eine hygienische als eine wirthschaftliche Bedeutung; die letztere steht für mich im Vordergrund. Wir wünschen allen Bevölkerungsklassen billige Lebensmittel; aber wenn von den Bergarbeitern gesprochen ist, so giebt es doch andere Berufsklassen, die noch schlechter stehen. Die Löhne der Bergarbeiter sind um 20 Proc. gestiegen. Die ländlichen Arbeiter stehen sehr viel schlechter da, und das Schwein ist gerade für diese Leute von hoher Bedeutung. Wenn die Industrie billigere Fleischpreise haben will, dann kann die Landwirthschaft billigere Preise für Industrieartikel verlangen. Deshalb muß der Antrag abgelehnt werden.

Hierauf wird die weitere Debatte bis **Freitag** vertagt.

Deutschland.

* **[Als Vertreter der Königin-Regentin Emma der Niederlande]** bei den bevorstehenden **Tauffeierlichkeiten** am hiesigen Hofe wird am Sonnabend Abend 10 Uhr 42 Min. der Viceadmiral Jonkheer van Capellen, General-Adjutant der Marine und Chef des militärischen Hofstaates, hier eintreffen und als Gast des Kaisers im Hotel Monopol Wohnung nehmen.

* **[Socialdemokratischer Antrag.]** Die socialdemokratische Fraction des Reichstages hat einen Antrag eingebracht, welcher bezweckt, die fernere strafrechtliche Verfolgung von Uebertretungen, welche unter der Herrschaft des Socialistengesetzes begangen sind, auszuschließen.

Schwerin i. M., 22. Januar. Nach dem letzten ärztlichen Bulletin befindet sich die verwittwete Frau **Großherzogin Alexandrine** nach ruhig durchschlafener Nacht etwas besser.

Dresden, 22. Januar. Der **König** wird am Montag Abend 7½ Uhr nach Berlin reisen, um den Kaiser zu dessen Geburtstag persönlich zu beglückwünschen.

Karlsruhe, 22. Januar. **Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden** befinden sich seit Dienstag in Wadi-Halfa und begeben sich von dort auf die Insel Phylae bei Assuan, woselbst ein längerer Aufenthalt beabsichtigt ist. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand der Kronprinzessin lauten sehr befriedigend.

Mainz, 22. Januar. Der Großherzog, der Erbgroßherzog, die Prinzen Wilhelm und Heinrich und die Prinzessin Alix trafen heute zu der **Jubelfeier des Regiments Nr. 118** hier ein. Die in Worms und Offenbach garnisonirenden beiden Bataillone des Regiments sind ebenfalls eingerückt. Heute Nachmittag findet Hoftafel, am Abend vor dem Beginn der Theatervorstellung ein Fackelzug statt.

München, 22. Januar. Dem Vernehmen nach hofft die bairische Regierung ein Uebereinkommen mit Deutschland betreffend die **Herabsetzung der Eisenbahn-Fahrpreise** noch zu erzielen. Dieselbe schlägt vor, den Preis für die dritte Klasse auf 2 Pfg. pro Kilometer herabzusetzen und die Retourbillete aufzuheben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Januar. Die Leiche des **verstorbenen türkischen Botschafters Sadulla Pascha** wird, sobald die Verkehrsstörungen behoben sind, nur von den Söhnen des Verstorbenen begleitet, ohne Trauerfeierlichkeit von Wien nach Konstantinopel übergeführt werden, wo die feierliche Beisetzung stattfinden wird. (W. T.)

Frankreich.

Boulogne sur Mer, 22. Januar. Die **irischen Abgeordneten** Redmond und Harrington sind von Folkestone hier eingetroffen, um mit **Dillon** und **O'Brien** zu conferiren. (W. T.)

England.

London, 22. Januar. Im **Unterhause** meldete **Parnell** ein **Tadelsvotum** wegen der Handhabung der Ausnahmegesetze in Irland an. (W. T.)

Belgien.

Brüssel, 22. Jan. Die „Etoile Belge" veröffentlicht über die **militärische Frage** und die nationale Vertheidigung eine Anzahl von Interviews mit höheren Offizieren des Ruhestandes der belgischen Armee, unter denen sich die Generale Baron Chazal und Liagre befinden. Die Artikel behandeln insbesondere die persönliche Dienstpflicht die Befestigungsfrage und den Effectivbestand im Kriegsfalle und enthalten heftige Angriffe gegen das gegenwärtige Cabinet. (W. T.)

Serbien.

Belgrad, 22. Januar. Wie verlautet, hätte die **Königin Natalie** ihren Anhängern gegenüber den Entschluß ausgesprochen, **ins Ausland überzusiedeln**. — Endlich!

Belgrad, 22. Januar. Die **Bruttoeinnahmen** der serbischen Bahnen betrugen im abgelaufenen Jahre 4 648 000 Dinar, 1 139 441 Dinar mehr als im Jahre 1889. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 22. Januar. Anläßlich des Hinscheidens der Erzherzogin Maria Antonia ist eine zehntägige **Hoftrauer** angeordnet worden. (W. T.)

Am 24. Januar: S.-A. 8.4, U. 4.22. **Danzig, 23. Jan.** M.-A. b. Tage, M.-U. b. Tage.

Wetteraussichten für Sonnabend, 24. Januar: auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wärmer, bedeckt, Nebel, feucht, Niederschläge. Sturmwarnung.

Für Sonntag, 25. Januar:

Niederschläge, ziemlich milde, lebhafter Wind. Sturmwarnung (SW., W., NW.)

Für Montag, 26. Januar.

Meist bedeckt, naßkalt, Niederschläge. Lebhafter Wind, stürmisch an den Küsten (W. bis NW.)

Für Dienstag, 27. Januar.

Kälter, frostig, veränderlich, windig. Niederschläge.

* **[Kaisers Geburtstag.]** Ueber die militärischen Feierlichkeiten am Geburtstage des Kaisers ist weiter bestimmt worden, daß nach dem Gottesdienste in der Garnisonkirche ein Appell für die gesammte Garnison mit ihren Fahnen auf dem Holzmarkte, der während dieser Zeit für den Wagenverkehr gesperrt sein wird, abgehalten werden soll. Die üblichen 101 Kanonenschüsse werden von einer der in der Nähe liegenden Bastionen abgefeuert werden. Die Straßen, durch welche der Zapfenstreich sich bewegen wird, sind noch nicht bestimmt, doch wird der Zug an der Wohnung des Herrn Corpscommandeurs, der heute abgereist ist und am Sonntag zurückkehren wird, vorübergeführt werden.

* **[Bezirks-Eisenbahnrath.]** In der gestern in Bromberg abgehaltenen Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrathes wurde u. a. über den Sommerfahrplan verhandelt. Im ganzen und großen fanden die Vorschläge der Fahrplan-Conferenz, die wir s. Z. mitgetheilt haben, die Zustimmung der Versammlung. In den Zügen zwischen Danzig und Dirschau wird nur insofern eine Aenderung eintreten, daß die beiden gegenwärtig von Dirschau nach Danzig um 10 Uhr 46 Min. und 11 Uhr 29 Minuten Abends abgehenden Züge zu einem Zuge verschmolzen werden, welcher sämmtliche Wagenklassen führt und auf allen Zwischenstationen anhalten soll. Ferner wird durch eine Aenderung des Fahrplans der Züge zwischen Posen und Kreuz eine bessere Verbindung zwischen Danzig und Breslau hergestellt. Eine Verbesserung unserer Postverbindung wird durch die im Bezirkseisenbahnrath beschlossene Verlängerung der Wartezeit des um 7 Uhr 37 Min. Vormittags hier eintreffenden Anschlußzuges an den Berliner Nacht-Courierzug erreicht werden, da es durch die frühere Ankunft des Berliner Zuges möglich geworden ist, die Wartezeit um 10 Minuten zu verlängern. An den Sonntagen und während der Zeit der Schulferien wird dieselbe bis auf 40 Minuten erhöht. Auf die übrigen Gegenstände der Berathung zurückzukommen, behalten wir uns vor.

* **[Pfarrerwahl.]** Für die durch den Tod des bisherigen Inhabers, Superintendenten Gottgetreu erledigte Pfarrstelle in Güttland (Danziger Werder) ist gestern vom hiesigen Magistrat Herr Collin (früher Divisionspfarrer in Danzig, jetzt Civilpfarrer auf Rügen) gewählt worden.

* **[Petition.]** Eine Anzahl Fischer aus Neufähr und anderen Nehrungsortschaften hat durch den Abg. Rickert dem Abgeordnetenhause eine Petition überreichen lassen, in welcher Aenderungen der Vorschriften über die Maschenweite der Fangnetze und über die Schonzeiten für Fische beantragt worden.

* **[Von der Weichsel.]** Die bisher in Plehnendorf stationirten drei Eisbrechdampfer haben in den letzten Tagen den Aufbruch der bei dem strengen Frost wieder zugefrorenen Rinne bewirkt und sollen dann in Gemeinschaft mit den im Dirschauer Hafen eingefrorenen Eisbrechdampfern weiter aufwärts operiren. Man hofft, daß der Aufbruch heute bis Dirschau fortschreiten werde.

* **[Gewerbeverein.]** Im Gewerbeverein hielt gestern Abend Herr Sander einen Vortrag über Eisenbahn-Personen-Tarife, in welchem er zunächst eine Schilderung von den heute bestehenden Tarifsystemen entwarf und einen kurzen Ueberblick über die bisherigen Reformbestrebungen unter specieller Berücksichtigung des von Dr. Engel entworfenen Zonentarifes gab. Der Redner ging dann auf den ungarischen Zonentarif ein, beleuchtete dessen Vortheile und Nachtheile und kam schließlich zu dem Ergebniß, daß eine mechanische Einführung desselben in Deutschland nicht anzurathen sei. Hierauf zeigte Herr Kolley verschiedene Modelle von Hufeisen und demonstrirte die Vortheile des Leonhardtschen Hufeisen-Stollens (Patent Neuß), mit welchem gegenwärtig von unserer Heeresverwaltung umfangreiche Versuche angestellt werden. Zum Schlusse theilte der Vorsitzende noch mit, daß am 19. Februar das Stiftungsfest gefeiert werden soll.

* **[Patent.]** Von Herrn K. Harsdorff in Danzig ist auf eine Sortirmaschine ein Patent angemeldet worden.

* **[Unglücksfall.]** Der Soldat, dessen Sturz aus der dritten Etage der Kaserne Wieben wir gestern gemeldet haben, ist im Laufe des gestrigen Nachmittags seinen schweren Verletzungen erlegen.

* **[Feuer.]** Heute Morgen gegen 4 Uhr wurde in der St. Katharinenschule ein Fußbodenbrand entdeckt, der durch Funken aus einer schadhaften Stelle des Schornsteins hervorgerufen war. Die Feuerwehr, welche sofort requirirt wurde, entfernte in einstündiger Arbeit die glimmenden Holztheile und beseitigte weitere Gefahr.

r. **Marienburg**, 22. Jan. Der Vorstand des evangelischen Diakonissenhauses macht bekannt, daß zum Zwecke wissenschaftlicher Beobachtung, wie zur Verwerthung an den der Anstalt überwiesenen **Tuberkulose-Kranken** von Berlin Koch'sche Lymphe überlassen worden ist. Das Heilmittel soll auch privaten Kranken zugänglich gemacht werden, und es ist der Preis der Behandlung auf 7 Mk. 50 Pf. pro Tag in 1. Klasse und 6 Mk. in 2. Klasse, sowie 10 Mk. für die erstmalige Einspritzung festgesetzt worden. Die Höhe der Preise erregt hier einiges Befremden, zumal die Anstalt größtentheils aus öffentlichen und Privatmitteln unterhalten wird und der für das Heilmittel zu machende Aufwand schwerlich diese Preise rechtfertigt.

* Die Frage, ob das Mandat des früheren Oberbürgermeisters von Posen, **Herrn Müller**, Reichstags-Abgeordneter für den Wahlkreis **Stuhm-Marienwerder**, durch die inzwischen erfolgte Ernennung desselben zum Syndicus im Reichsbankdirectorium erloschen ist oder nicht, hat die Geschäftsordnungs-Commission des Reichstages, wie schon gestern telegraphisch gemeldet, gegen zwei Stimmen bejaht. Gegen das Erlöschen des Mandats war angeführt worden, daß das Gehalt des Herrn Müller nicht vom Reiche, sondern von der Reichsbank gezahlt werde und daß demnach die Voraussetzung des Art. 21 der Verfassung (besoldetes Reichsamt) nicht gegeben sei. Dagegen wurde darauf hingewiesen, daß im § 2 des Etatsgesetzes der Besoldungsetat für das Reichsbank-Directorium ausdrücklich als Anlage zum Reichshaushaltsetat bezeichnet wird; mit anderen Worten: daß die Gehälter der Mitglieder des Reichsbankdirectoriums allerdings aus Reichsmitteln gezahlt werden und daß also die Mitglieder des Directoriums besoldete Reichsämter bekleiden. Nur die übrigen Beamten der Reichsbank werden aus den Mitteln dieser bezahlt. Für die Fortdauer des Mandats stimmten nur die Abgg. Ackermann und Hahn. In Marienwerder wird also voraussichtlich in Kürze eine **Nachwahl** stattfinden müssen.

Vermischte Nachrichten.

ac. **[Eine gräßliche Familientragödie]** hat sich in Tennessee abgespielt. Der frühere Richter James A. Warder wurde jüngst zum Stadtsyndikus von Chattanooga ernannt. Seine Tochter hatte den Hauptkassirer der dortigen ersten Bank, Mr. Fugette, geheirathet und alle drei lebten zusammen. Am Sonnabend besprach Warder mit seinem Schwiegersohn und seiner Tochter den Plan eines neuen Hauses, welches sie zu bauen beabsichtigten. Es entspann sich ein Streit, der damit endete, daß beide Männer Revolver zogen und auf einander zu feuern begannen. Warder verwundete Fugette zuerst, worauf letzterer einen Schuß abfeuerte, der seinen Schwiegervater tödtlich verwundete. Ein zweiter Schuß aus Warders Pistole tödtete indeß Fugette auf der Stelle. Frau Fugette, welche dem Schießen Einhalt thun wollte, wurde durch eine Kugel ebenfalls schwer verletzt. Der Richter ist noch besinnungslos und Frau Fugette war bis jetzt nicht im Stande, zusammenhängende Angaben über die Ursache des unseligen Streites zu machen.

Breslau, 22. Januar. In Folge des **Brandes des Josefschachts** der der „Schlesischen Zinkgesellschaft" gehörigen Mathildegrube wird die **Förderung** im Westfelde einige Zeit **gestört** sein, da zur Unterdrückung des Feuers, das vermuthlich ruchlos angestiftet ist, der Herd desselben völlig abgesperrt werden muß. Der Hüttenbetrieb bleibt ungestört. Der Schaden ist, abgesehen von der gerade jetzt ungelegenen Verminderung der Kohlenförderung, kein erheblicher.

Winterwetter und Verkehr.

Köln, 22. Januar. Die erste englische **Post** über Ostende vom 21. d. ist ausgeblieben. Grund: Verspätete Abfahrt von Ostende mit Zugverspätung auf belgischer Strecke wegen Schneeverwehung.

Blankenburg a. H., 22. Januar. Infolge von erneuten heftigen Schneestürmen ist der Verkehr im Harz und an dessen Abhängen fast gänzlich unterbrochen. Auf der Strecke Halberstadt-Blankenburg mußte der Verkehr ebenfalls wieder eingestellt werden. Sogar die Post kann vielfach nicht befördert werden.

Braunschweig, 22. Januar. Wegen starken Schneefalls während der vergangenen Nacht ist die Strecke Braunschweig-Hildesheim noch gesperrt. Die Blitzzüge Köln-Berlin werden über Hannover befördert. Nach weiteren Meldungen mußten auch die Bahnstrecken Eisleben-Neuhaldensleben und Elze-Hameln wegen Schneeverwehungen den Betrieb einstellen.

Schiffsnachrichten.

* **Danzig**, 23. Januar. Das zur hiesigen Rhederei gehörige Barkschiff **„Vera"** (Capitän Vanselow) hat seine Reise am 5. Januar von Wilmington nach Hull angetreten.

Helgoland, 22. Jan. (Tel.) Der Schooner „Vesta" von Riga brachte **das von ihm an der Westküste von Helgoland ohne Mannschaft aufgefischte Boot „Seeluft"** hier ein.

Rom, 22. Januar. (Tel.) Das von Porta Ferrajo kommende, mit Salz beladene Fahrzeug „Luna" erlitt bei Antignano in Folge eines Cyclons Schiffbruch. Von 6 Matrosen wurde nur einer gerettet. — Die mit Eisen beladene, von Tarento nach Genua segelnde Brigantine **„Bianco"** ist bei Miloria gestrandet. Die Mannschaft wurde gerettet, das Schiff ist verloren.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Jan. (Privattelegramm.) Es heißt, gegen das Sperrgesetz würden die Nationalliberalen und Freiconservativen stimmen, von den Conservativen so viele, daß die Vorlage abgelehnt würde.

Berlin, 23. Jan. (Privattelegramm.) Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 183. preuß. Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

2 Gewinne von 50 000 Mk. auf Nr. 144 (?) und 468 (?).

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 21 151 24 522 65 296.

1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 109 198.

39 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 1736 6171 10 526 13 090 15 067 21 484 23 668 23 923 24 747 24 988 33 743 39 850 40 385 47 264 55 316 67 054 77 825 87 198 88 518 92 454 95 091 101 980 110 493 111 892 114 258 114 882 115 456 115 784 130 046 134 860 134 940 137 793 139 360 142 333 149 232 160 230 171 131 174 823 (?) 175 023.

München, 23. Jan. (Privattelegramm.) Von Würzburg geht der Vorschlag aus, den **Prinzregenten** an seinem 70. Geburtstage zum König auszurufen. Die Agnaten würden zweifellos zustimmen.

Die städtische Verwaltung constatirt, die Münchener Seuchenfälle seien nicht durch österreichisches Vieh herbeigeführt, sondern im Inlande entstanden.

London, 23. Januar. (Privattelegramm.) Es herrscht große Entrüstung über den Leichenbeschauer, der den Selbstmord Bedfords verheimlichte in der Voraussetzung, daß die angeordnete Verbrennung jede Spur des Selbstmordes tilgen werde.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 23. Januar.

Weizen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	126—136 ℔	153—194 M Br.	133-190 M bez.
hochbunt	126—134 ℔	152—194 M Br.	
hellbunt	126—134 ℔	147—190 M Br.	
bunt	126—132 ℔	147—188 M Br.	
roth	126—134 ℔	138—189 M Br.	
ordinär	120—130 ℔	135—183 M Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 126 ℔ 146 M, zum freien Verkehr 128 ℔ 186 M

Auf Lieferung 126 ℔ bunt per April-Mai transit 146 M Br., 145½ M Gd., per Mai-Juni transit 147 M Br., 146½ M Gd., per Juni-Juli transit 148 M Br., 147½ M Gd., per Septbr.-Okt. transit 143½ Br., 143 M Gd.

Roggen loco fest, per Tonne von 1000 Kgr.

grobkörnig per 120 ℔ inländisch 160—162 M, transit 113 M

feinkörnig per 120 ℔ 112 M bez.

Regulirungspreis 120 ℔ lieferbar inländisch 161 M, unterpoln. 113 M, transit 112 M

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 164 M Br., 163 M Gd., transit 117 M Br., 116½ M Gd., per Mai-Juni inländisch 163 M Br., 162 M Gd., transit 117 M Br., 116 M Gd.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch- transit 108—110 M, weiße Mittel- transit 104 M

Rübsen per Tonne von 1000 Kgr. russ. Sommer- 166 M

Kleesaat per 100 Kilogr. roth 87 M

Kleie per 50 Kilogramm (zum See-Export) Weizen- 4,20—4,32½ M bez.

Spiritus per 10 000 % Liter contingentirt loco 66¼ M Gd, kurze Lieferung 66¼ M Gd., per Januar-Mai 66¼ M Gd., nicht contingentirt loco 46¾ M Gd., kurze Lieferung 46¾ M Gd., per Januar-Mai 46¾ M Gd.

Rohzucker fest, Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,20—12,40 M bez. je nach Qualität per 50 Kilogr. incl. Sack.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 23. Januar.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) **Wetter:** Schön. — **Wind:** S.

Weizen. Inländischer in fester Tendenz bei vollen Preisen, Transit ruhig, unverändert. Bezahlt wurde für inländ. bunt 115 ℔ 168 M, 121 ℔ 178 M, weiß 125 ℔ 183 M, 130 ℔ 188 M, 131/2 ℔ 190 M, fein hochbunt 131/2 ℔ 190 M, roth 125 ℔ 183 M, Sommer- 129 ℔ 186 M, für poln. zum Transit rothbunt besetzt 126 ℔ 141 M, bunt Roggen besetzt 126 ℔ 143 M, gutbunt 123/4 ℔ 142 M, 125 ℔ 143 M, 128 ℔ 147 M, glasig 123 ℔ 142 M, hellbunt stark besetzt 120/1 ℔ und 121 ℔ 133 M, hellbunt etwas besetzt 117 ℔ 135 M, 124/5 ℔ 144 M, hellbunt 117 ℔ 136 M, 123/4 ℔ 143 M, 125 ℔ 144 M, 126/7 ℔ u. 127 ℔ 146 M, 127/8 ℔ 147 M, hell 124 ℔ 146 M, 129 ℔ 152 M, weiß etwas krank 124 ℔ 145 M, hochbunt besetzt 126 ℔ 148 M, für russischen zum Transit hellbunt 122/3 ℔ 142 M, 130 ℔ 152 M per Tonne. Termine: April-Mai transit 146 M Br., 145½ M Gd., Mai-Juni transit 147 M Br., 146½ M Gd., Juni-Juli transit 148 M Br., 147½ M Gd., September-Oktober 143½ M Br., 143 M Gd. Regulirungspreis zum freien Verkehr 186 M, transit 146 M

Roggen fest. Bezahlt ist inländ. 126 ℔ 162 M, 117/8 ℔ 160 M, russischer zum Transit 128 ℔ 113 M, 122/3 ℔ u. 127 ℔ 112 M Alles per 120 ℔ per Tonne. Termine: April-Mai inländ. 164 M Br., 163 M Gd., transit 117 M Br., 116½ M Gd., Mai-Juni inländ. 163 M Br., 162 M Gd., transit 117 M Br., 116 M Gd. Regulirungspreis inländischer 161 M, unterpolnischer 113 M, transit 112 M

Gerste und Hafer ohne Handel. — **Erbsen** polnische zum Transit Koch- 108, 110 M, Mittel- 104 M per Tonne bezahlt.

Pferdebohnen inländische 122 M per Tonne gehandelt. — **Rübsen** polnische zum Transit Sommer- 166 M per Tonne bez. — **Kleesaaten** roth 36, 43½ M per 50 Kilo gehandelt. — **Weizenkleie** zum See-Export mittel 4,20, 4,30, 4,32½ M per 50 Kilo bezahlt. — **Spiritus** contingentirter loco 66¼ M Gd., kurze Lieferung 66¼ M Gd., per Januar-Mai 66¼ M Gd., nicht contingentirter loco 46¾ M Gd., kurze Lieferung 46¾ M Gd., per Jan.-Mai 46¾ M Gd.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Januar.

	Crs.	v. 22.		Crs.	v. 22.
Weizen, gelb			Ung. 4% Gdr.	92,70	92,70
Januar	—	—	2. Orient.-A.	76,60	76,60
April-Mai	197,00	195,70	4% russ. A. 80	97,80	97,80
Roggen			Lombarden	58,00	58,10
Januar	178,70	179,00	Franzosen ..	109,10	109,50
April-Mai	173,50	172,70	Cred.-Actien	175,50	176,00
Petroleum			Disc.-Com. .	217,00	217,40
per 200 ℔			Deutsche Bk.	163,20	163,40
loco	24,00	24,00	Laurahütte .	138,25	139,30
Rüböl			Oestr. Noten	178,00	177,80
Januar	58,50	58,60	Russ. Noten	236,45	237,00
April-Mai	58,30	58,40	Warsch. kurz	235,75	236,60
Spiritus			London kurz	—	20,325
Jan.-Febr.	48,80	48,70	London lang	—	20,225
April-Mai	49,00	48,90	Russische 5%		
4% Reichs-A.	106,80	106,80	SW.-B. g. A.	84,20	84,40
3½% do.	98,40	98,40	Danz. Priv.-		
3% do.	86,60	86,70	Bank	—	—
4% Consols	106,10	106,00	D. Oelmühle	136,00	137,00
3½% do.	98,50	98,50	do. Prior.	123,00	123,00
3% do.	86,70	86,70	Mlaw. S.-P.	109,25	110,00
3½% westpr.			do. S.-A.	62,00	62,20
Pfandbr. .	96,70	96,70	Ostpr. Südb.		
do. neue ..	96,70	96,70	Stamm.-A.	87,25	87,40
3% ital. g. Pr.	57,60	57,60	Danz. S.-A.	—	—
4% rm. G.-R.	86,40	86,30	Trk. 5% A.-A	89,40	89,30
5% Anat. Ob.	88,10	88,10			

Fondsbörse: fest.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 22. Januar. Wasserstand: 1,92 Meter. Wetter: trübe, gelinde. Wind: W.

Meteorologische Depesche vom 23. Januar.

Morgens 8 Uhr.

(Telegraphische Depesche der „Danz. Ztg.".)

Stationen.	Bar. Mil.	Wind.		Wetter.	Tem. Cels.	
Mullaghmore ...	739	SW	6	bedeckt	9	
Aberdeen	741	SSO	7	bedeckt	2	
Christiansund ...	—	—	—	—	—	
Kopenhagen	754	WNW	1	Nebel	—5	
Stockholm	755	O	2	bedeckt	—2	
Haparanda	764	ONO	4	bedeckt	—10	
Petersburg	764	SO	3	bedeckt	—12	
Moskau	770	OSO	1	bedeckt	—16	
Cork, Queenstown	750	WSW	6	Regen	10	
Cherbourg	757	WSW	5	Nebel	10	
Helder	755	SW	1	halb bed.	—1	
Sylt	754	WSW	1	Dunst	—4	
Hamburg	755	SW	1	wolkig	—5	
Swinemünde ...	756	S	1	wolkig	—12	
Neufahrwasser ..	756	SSO	1	bedeckt	—7	
Memel	755	SO	3	wolkig	—8	
Paris	760	still	—	bedeckt	2	
Münster	756	SSW	3	bedeckt	—1	
Karlsruhe	759	SW	2	wolkig	0	
Wiesbaden	759	N	1	bedeckt	0	
München	759	SW	5	bedeckt	—2	
Chemnitz	757	WSW	2	Schnee	—3	1)
Berlin	756	SW	2	wolkig	—7	
Wien	759	still	—	wolkenlos	—14	
Breslau	756	S	2	halb bed.	—8	
Ile d'Aix	764	WNW	4	Nebel	6	
Nizza	757	O	3	wolkenlos	2	
Triest	758	still	—	wolkenlos	—2	

1) Nebel.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein tiefes Minimum mit einem Ausläufer auf der Südwestseite ist nördlich von den Hebriden erschienen und scheint nord- oder nordostwärts fortzuschreiten. Unter seinem Einflusse wehen auf den britischen Inseln starke, stellenweise stürmische südliche bis westliche Winde, welche daselbst überall Erwärmung gebracht haben, die sich weiter ostwärts, zunächst über das Nordseegebiet ausbreiten dürfte. In Deutschland ist bei schwacher Luftbewegung, aus meist südlicher bis westlicher Richtung, das Wetter trübe, im Westen wärmer, im Osten meist kälter; im Binnenlande haben vielfach Schneefälle stattgefunden. In Süddeutschland herrscht theilweise Thauwetter. Schneehöhe: Hamburg 16, Berlin 21, Wiesbaden 24, Cassel 30 Ctm. München hatte Nachts Schneesturm.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stde.	Barom.-Stand mm	Thermom. Celsius.	Wind und Wetter.
22	4	746,3	— 2,2	WSW. mäßig, bewölkt.
23	8	755,2	— 6,8	WSW. leicht, bedeckt.
23	12	758,0	— 2,8	SSW. flau, klar.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kasemann, sämmtlich in Danzig

Berliner Fondsbörse vom 22. Januar.

Still — Fest — Ruhig — Behauptet —, so hatten die Prädicate gelautet, mit denen die auswärtigen Plätze die Tendenz in ihrem Abendverkehr bezeichnet hatten. Auch heute lauteten die Meldungen nicht günstiger, die bei Eröffnung unserer Börse vorlagen und vermochten, dieselben deshalb die Anregung zu größerer Thätigkeit um so weniger zu bieten, als andere Nachrichten von Bedeutung, welche die Initiative zu umfangreicheren Umsätzen hätten geben können, nicht vorlagen. Selbst die Gerüchte von größeren bevorstehenden Neu-Emissionen waren verstummt. Geschäftsstille blieb in Folge dessen auf den meisten Gebieten an der Tagesordnung, wenn auch hier und da das eine oder das andere Effect auf Grund besonderer Verhältnisse etwas mehr beachtet wurde. Die Tendenz blieb dabei unter geringen Schwankungen entschieden fest und die Notirungen konnten sich vielfach um Kleinigkeiten über ihren letzten Stand erheben. Nach dem Bekanntwerden der Herabsetzung des Disconts seitens der Bank von England von 4 auf 3½ % gelangten die Umsätze zeitweise zu größerer Ausdehnung bei weiterer Befestigung der Tendenz. Bankactien wurden in geringem Umfange gehandelt, aber vielfach besser bezahlt. Inländische und ausländische Transportwerthe fester. Franzosen, Lombarden und Warschau-Wiener bevorzugt. Montanwerthe theilweise in etwas angeregterem Verkehr und besser bezahlt. Andere Industriepapiere still, Brauereien beachteter. Fremde Fonds still und wenig verändert. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe ec. bei gutem Begehr eher fester. Privatdiscont 2⅞ %.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,80
do. do.	3½	98,40
do. do.	3	86,70
Konsolidirte Anleihe	4	106,00
do. do.	3½	98,50
do. do.	3	86,70
Staats-Schuldscheine	3½	99,90
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3½	95,25
Westpr. Prov.-Oblig.	3½	—
Landsch. Centr.-Pfdbr.	4	103,75
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	96,70
Pommersche Pfandbr.	3½	97,60
do. do.	4	—
Posensche neue Pfdbr.	4	101,60
do. do.	3½	96,70
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	96,70
do. neue Pfandbr.	3½	96,70
Pomm. Rentenbriefe	4	102,70
Posensche do.	4	102,70
Preußische do.	4	102,70

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	96,70
Oesterr. Papier-Rente	5	91,40
do. do.	4⅕	81,20
do. Silber-Rente	4⅕	81,20
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4½	102,00
do. Papier-Rente	5	90,10
do. Gold-Rente	4	92,75
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4½	—
do. do. do. 1880	4	97,80
do. Rente 1883	6	107,20
do. Rente 1884	5	—
Russ. Anleihe von 1889	4	98,30
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	76,60
do. 3. Orient-Anleihe	5	77,60
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	78,60
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	94,50

Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	69,50
Poln. Pfandbriefe	5	72,40
Italienische Rente	5	92,90
Rumänische Anleihe	6	—
do. fundirte Anl.	5	101,75
do. amort. do.	5	100,10
do. 4% Rente	4	86,30
Türk. Admin.-Anleihe	5	89,30
Türk. conv. 1% Anl. La. D.	1	18,80
Serbische Gold-Pfdbr.	5	93,75
do. Rente	5	89,20
do. neue Rente	5	90,10

Hypotheken-Pfandbriefe.

Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do. do.	3½	—
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr.	4	100,60
Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4	100,75
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	100,80
Nordd. Grd.-Cd.-Pfdbr.	4	100,75
Pomm. Hypoth.-Pfdbr. neue gar.	4	—
alte do. do.	4	—
do. do. do.	3½	93,90
III., IV. Em.	4	100,50
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	114,50
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101,60
do. do. do.	3½	94,80
do. do. do.	4	102,60
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	100,70
Pr. Hypoth.-V.-A.-G.-C.	4½	—
do. do. do.	4	100,70
do. do. do.	3½	94.00
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	—
do. do.	4½	105,00
do. do.	4	99,00
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	109,90
Russ. Central- do.	5	94,20

Lotterie-Anleihen.

Bad. Prämien-Anl. 1867	4	139,80
Baier. Prämien-Anleihe	4	141,00
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	105,90
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	111,90
Hamburg. 50thlr.-Loose	3	140,00
Köln-Mind. Pr.-S.	3½	137,20
Lübecker Präm.-Anleihe	3½	132,90
Oesterr. Loose 1854	4	120,75
do. Cred.-L. v. 1858	—	329,50
do. Loose von 1860	5	127,70
do. do. 1864	—	323,70
Oldenburger Loose	5	128,90
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	171,25
Raab-Graz 100T.-Loose	4	105,20
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5	—
do. do. von 1866	5	166,00
Ung. Loose	—	256,75

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

	Div. 1889	
Aachen-Mastricht	2⅝	70,90
Mainz-Ludwigshafen	4⅔	118,90
Marienb.-Mlawk. St.-A.	⅓	62,25
do. do. St.-Pr.	5	110,00
Ostpreuß. Südbahn	3	87,40
do. St.-Pr.	5	114,50
Saal-Bahn St.-A.	⅓	40,40
do. St.-Pr.	5	108,90
Stargard-Posen	4½	102,60
Weimar-Gera gar.	—	24,20
do. St.-Pr.	—	98,90
Galizier	4	93,50
Gotthardbahn	7⅕	—

† Zinsen vom Staate gar. Div. 1889.

†Kronpr.-Rud.-Bahn	4¾	92,00
Lüttich-Limburg	—	27,60
Oesterr. Franz.-St.	2,70	105,25
† do. Nordwestbahn.	4¾	95,60
do. Lit. B.	5½	102,90
†Reichenb.-Pardub.	3,81	79,50
†Russ. Staatsbahnen	6,56	129,75
Russ. Südwestbahn	—	84,40
Schweiz. Unionb.	5	122,75
do. Westb.	—	—
Südösterr. Lombard	1⅗	58,30
Warschau-Wien	15	—

Ausländische Prioritäten.

Gotthard-Bahn	5	102,10
†Italien. 3% gar. E.-Pr.	3	57,60
†Kasch.-Oderb. Gold-Pr.	4	98,40
†Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	85,10
†Oesterr.-Fr.-Staatsb.	3	84,70
†Oesterr. Nordwestbahn	5	94,60
do. Elbthalb.	5	93,70
†Südösterr. B. Lomb.	3	67,90
† do. 5% Oblig.	5	105,20
†Ungar. Nordostbahn	5	90,00
† do. do. Gold-Pr.	5	101,75
Anatol. Bahnen	5	88,10
Brest-Grajewo	5	99,30
†Kursk-Charkow	4	93,30
†Kursk-Kiew	4	94,10
†Mosko-Rjäsan	4	95,80
†Mosko-Smolensk	5	101,00
Rybinsk-Bologoye	5	97,50
†Rjäsan-Koslow	4	93,90
†Warschau-Terespol	5	101,80
Oregon Railw. Nav. Bds.	5	95,50
Northern-Pacif.-Eis. III.	6	107,75
do. do.	5	88,50

Bank- und Industrie-Actien. 1889.

Berliner Kassen-Verein	138,90	6
Berliner Handelsges.	161,00	12
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
Bremer Bank	113,00	4¼
Bresl. Discontbank	106,30	7
Danziger Privatbank	—	8¼
Darmstädter Bank	—	10½
Deutsche Genossensch.-B.	127,25	8
do. Bank	163,40	10
do. Effecten u. W.	125,75	11
do. Reichsbank	140,60	7
do. Hypoth.-Bank	110,75	6¼
Disconto-Command.	217,40	14
Gothaer Grundcr.-Bk.	87,50	—
Hamb. Commerz.-Bank	123,25	7½
Hannöversche Bank	113,50	5
Königsb. Vereins-Bank	101,50	6
Lübecker Comm.-Bank	—	7
Magdbg. Privat-Bank	111,50	5⅔
Meininger Hypoth.-B.	104,00	5
Norddeutsche Bank	157,90	12
Oesterr. Credit-Anstalt	176,10	10⅝
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—
do. do. conv. neue	104,10	—
Posener Provinz.-Bank	—	6
Preuß. Boden-Credit	122,00	6½
Pr. Centr.-Boden-Cred.	155,30	10
Schaffhaus. Bankverein	114,80	5
Schlesischer Bankverein	122,70	8
Südd. Bod.-Credit-Bk.	157,25	6½
Danziger Oelmühle	137,00	5
do. Prioritäts-Act.	123,00	5
Neufeldt-Metallwaaren	108,75	8
Actien der Colonia	—	66⅔
Leipziger Feuer-Versich.	—	60
Bauverein Passage	69,50	5½
Deutsche Baugesellschaft	87,50	3⅓

A. B. Omnibusgesellsch.	218,50	10½
Gr. Berl. Pferdebahn	249,25	12½
Berlin. Pappen-Fabrik	103,25	7
Wilhelmshütte	96,75	6½
Oberschles. Eisenb.-B.	87,50	6

Berg- u. Hüttengesellschaften.

		Div. 1889.
Dortm. Union-St.-Prior.	—	4
Königs- u. Laurahütte	139,30	11
Stolberg, Zink	67,00	2½
do. St.-Pr.	127,90	7½
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 22. Januar.

Amsterdam	8 Tg.	4	168,80
do.	2 Mon.	4	167,75
London	8 Tg.	3½	20,325
do.	3 Mon.	3½	20,225
Paris	8 Tg.	3	80,55
Brüssel	8 Tg.	3	80,55
do.	2 Mon.	3	80,30
Wien	8 Tg.	4½	177,75
do.	2 Mon.	4½	176,70
Petersburg	3 Wch.	5½	236,30
do.	3 Mon.	5½	235,00
Warschau	8 Tg.	5½	236,60

Discont der Reichsbank 4 %.

Sorten.

Dukaten	9,71
Sovereigns	20,30
20-Francs-St.	16,14
Imperials per 500 Gr.	—
Dollar	—
Englische Banknoten	—
Französische Banknoten	80,75
Oesterreichische Banknoten	177,80
Russische Banknoten	237,00

Nach langem Krankenlager endete heute Morgen das Leben unseres lieben Vaters, Großvaters, Bruders und Onkels, des Böttchermeisters

August Heinrich Streim,

im 78. Lebensjahre. (1526

Danzig, den 23. Januar 1891.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Januar cr., Vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle in der halben Allee auf dem Bartholomäi-Kirchhof daselbst statt.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 19. Januar 1891 ist an demselben Tage die in Bischofswerder bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns **Arthur Berger** ebendaselbst unter der Firma **Arthur Berger** in das diesseitige Firmen-Register unter Nr. 308 eingetragen. (1518

Dt. Eylau, den 19. Januar 1891.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die unter Nr. 260 des Firmenregisters eingetragene Firma **H. J. Lewy Wwe.** ist infolge Aufgabe des Geschäfts erloschen.

Dt. Eylau, den 18. Januar 1891.

Königliches Amtsgericht I.

Von dem unterzeichneten Gericht wird hiermit bekannt gemacht, daß

1. das Testament der Schuhmacher **Gottfried** und **Charlotte Haß**'schen Eheleute,
2. das Testament der **Cornelius u. Catharina Dyck**'schen Eheleute

seit länger als 56 Jahren bei demselben niedergelegt sind, und daß, wenn deren Publikation nunmehr binnen 6 Monaten von den dazu berechtigten nicht beantragt werden sollte, diese Testamente in Gemäßheit des § 219, Tit. 12, Th. 1, A. L. R. von uns geöffnet und nach genommener Einsicht wieder versiegelt und in unserm Archiv aufbewahrt werden. (1520

Elbing, den 16. Januar 1891.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.

M. H. g. D. E.
E. g. h. E.
Habe Vertrauen zu mir, meine Liebe zu Dir ist dieselbe geblieben; mein Dir gegebenes Wort halte ich, Du sollst wieder glücklich werden. Durch Kampf zum Sieg. Um ein Opfer bitte ich Dich, schreibe mir umgehend wo wir uns sehen und sprechen können. (1503

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.